

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an den Herrn Regionspräsidenten,**

**durch die neun Abgeordneten der Fraktion der Alternative für Deutschland in der  
Regionsversammlung Hannover,**

**gemäß § 56 S 2 NKomVG in Verbindung mit § 9 Geschäftsordnung d. Regionsversammlung  
vom 15. November 2016,**

**zur Förderung interventionistischer Gruppen im Zusammenhang des „Kampfes gegen  
Rechts“**

**Bezug:**

- Hardcopies von folgender Internetpräsenz:  
<https://de-de.facebook.com/Aktiv-gegen-Rassismus-Solidarisches-Netzwerk-200400280321189/>  
(Zugänglich über die Fraktionsgeschäftsstelle);
- „Offener Brief“ von „Aktiv gegen Rassismus – Solidarisches Netzwerk (Hannover)“ an den Wirt des Gasthauses „Alte Herberge“ in Springe;  
(Zugänglich über die Fraktionsgeschäftsstelle);
- Christian Zett, „Wirt sagt AfD per E-Mail ab“, in: HAZ vom 23. Januar 2017, Lokalteil SPRINGE, S. 2

**Sachverhalt:**

Für den 27. Januar 2017 hatte die Alternative für Deutschland in einem Gasthaus in Springe die Räumlichkeiten für eine Parteiveranstaltung gebucht.

Eine Organisation namens „Aktiv gegen Rassismus – Solidarisches Netzwerk (Hannover)“ erlangte hiervon Kenntnis und richtete einen offenen Brief an den Wirt des Gasthauses.

Durch die sprachliche Form dieses offenen Briefes wurde versucht, eine Tatbestandsmäßigkeit im Sinn des § 240 I StGB zu vermeiden. Gleichwohl wurde dem Wirt die „eindringliche Bitte“ vorgetragen, der AfD die Räumlichkeiten zu stornieren, widrigenfalls er eine Demonstration vor dem Gasthaus zu erwarten hätte.

Der Wirt kooperierte daraufhin, stornierte, und meldete entsprechenden Vollzug auf der Facebook-Präsenz des Netzwerks. Dieses Wohlverhalten wurde mit der Rückmeldung beantwortet, dass eine Demonstration nun entfallen könne.

**Bewertung:**

Mit Blick auf die Aktivitäten der Organisation „Aktiv gegen Rassismus – Solidarisches Netzwerk“ erkennt der Fraktionsreferent eine starke Exposition der „Grünen Jugend Niedersachsen“.

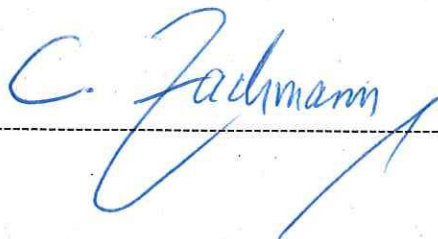
Die Prüfung der Facebook-Präsenz von „Aktiv gegen Rassismus“ sowie das eigene Erleben einer Störaktion im Sommer 2016 während des Kommunalwahlkampfes lassen gesichert auf das Engagement mindestens des Vorstandsmitgliedes Liam Harrold schließen.

Dessen Einlassungen auf der Netz-Präsenz sowie die politisch-ideologischen Grundsätze, die auf der Website des Landesverbandes der Grünen Jugend Niedersachsens dargestellt werden, indizieren eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit für ein noch erheblich zahlreicheres Wirken von Mitgliedern im Rahmen des Netzwerkes und damit manchmal günstigstenfalls noch an der Grenze strafrechtlicher Relevanz.

**Fragen:**

Vor diesem aktuellen Hintergrund - und mit Blick auf das Mitregieren der GRÜNEN in der III. Sitzungsperiode der Regionsversammlung – möchten die neun Abgeordneten der Alternative für Deutschland wissen:

Fördert die Region Hannover den „Kampf gegen Rechts“, indem sie Organisationen öffentliche Mittel zuweist, deren Zielsetzung es ist, durch „direkte Aktion“ und „interventionistisch“ eine Konfrontation mit „Rassisten“ und „Faschisten“ zu suchen?

  
-----